

Reale Befürchtungen?
Alarmismus? Experte
ortet „dringenden
Handlungsbedarf“.

MARTIN BEHR

SALZBURG. „Eine der größten Finanzkrisen der ORF-Geschichte“. „Besorgniserregende Situation“. „Müssen wir Landesstudios zusperren?“ Die jüngst vom Wiener Königlberg ausgehenden Meldungen werfen die Frage auf: Geht es beim ORF künftig wirklich ans Eingemachte oder sind diese Wortmeldungen eher als Weckruf an die Politik zu verstehen, um die Weichen für eine neue Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Medienhauses gestellt zu bekommen? Also: Fundierte Kriseneinstimmung oder Alarmismus?

Konkrete Nachfragen zum Ernst der Lage, den genauen Ursachen der Situation, Einsparungsideen oder dem präferierten Weg aus der Krise will der ORF derzeit nicht beantworten. Stattdessen wurde auf ein bereits bekanntes Schreiben von ORF-Generaldirektor Roland Weißmann verwiesen, wonach ab 2024 auf Basis des bestehenden Finanzierungsmodells die Erfüllung der gesetzlichen Aufträge nicht mehr garantiert sei. Bis Ende März 2023 müsse, sagt Weißmann, die gesetzliche Neuregelung der Finanzierung feststehen.

Josef Trappel, Kommunikationswissenschaftler an der Uni Salzburg, bestätigte auf SN-Anfrage „den Bedarf einer Revision des ORF-Gesetzes, auch einschließlich ökonomischer Grundlagen“. Was kürzlich aus dem ORF-Stiftungsrat an die Öffentlichkeit gedrungen sei, deute in der Tat auf einen „dringenden Handlungsbedarf“ hin: Wie berichtet, drohe für 2024 ein Minus von 70 Millionen Euro, für 2025 seien Verluste in der Höhe von 90 Millionen Euro und für 2026 schon 130 Millionen Euro prognostiziert.

Sind die roten Zahlen nun selbst verschuldet oder darf sich der ORF als Krisenopfer fühlen? Trappel spricht im Zusammenhang mit dem ORF von einem – rein ökonomisch betrachtet – für österreichische Verhältnisse „großen Unternehmen mit einem außerordentlich hohen Fixkostenanteil“. Wie bei allen Medienfirmen bestünden diese Fixkosten zu einem großen Teil aus Personalkosten, bei denen die Infla-

tion und deren Abgeltung im Rahmen der Lohnverhandlungen ein Finanzloch verursachen. „Dass gleichzeitig auch die Energiekosten massiv gestiegen sind, belastet das ORF-Budget zusätzlich. Das alles war in der Mittelfristplanung nicht vorauszusehen“, betont der Medienwissenschaftler.



BILD: SN/PRIVAT

**„Medienpolitik
ist für Politik
nicht attraktiv.“**

Josef Trappel,
Medienwissenschaftler

Die Frage, in welchen Bereichen es beim ORF Sparpotenziale gebe, lasse sich, sagt Trappel, von außen nicht sinnvoll beantworten. Man könne aber davon ausgehen, dass kurzfristige Sparpotenziale durch die Geschäftsführung längst ermittelt und gehoben sind, sodass im nächsten Schritt wohl die strategische Produktplanung auf den Prüf-

stand komme. Josef Trappel: „Teuer sind neben dem Personal vor allem Übertragungsrechte und Eigenproduktionen. Beides zählt aber zum Markenkern.“

Warum die heimische Politik in der Causa ORF-Finanzierung nicht gerade den Eindruck macht, schnell und effizient zu handeln? „Medienpolitik ist nicht rasend attraktiv für die Politik“, sagt der Leiter des Fachbereichs Kommunikationswissenschaft an der Universität Salzburg. Aufgrund der strukturell notwendigen Verflechtung zwischen Medien und Politik und der schwierigen Balance zwischen Distanz und Nähe könne die Regierung mit Medienangelegenheiten kaum je politisch punkten. Schließlich sei der politische Aushandlungsprozess immer mit dem Risiko verbunden, sich eine „schlechte Presse“ einzuhandeln. „Medienministerin Susanne Raab erfährt das gerade im Zusammenhang mit den Gesetzesentwürfen für die ‚Wiener Zeitung‘ und der neuen Medienförderung. Eine ORF-

Reform ist noch mit viel mehr Risiko behaftet“, sagt Trappel.

In der Frage, welches Finanzierungsmodell für den ORF künftig am sinnvollsten wäre, zieht der Kommunikationswissenschaftler die Haushaltsabgabe den anderen Modellen – einer um Streaming erweiterten GIS sowie einer Budgetfinanzierung – vor. Begründung: „Die beiden Nachbarländer Schweiz und Deutschland haben mit gutem Grund auf eine Finanzierung der öffentlichen Veranstalter durch eine Haushaltsabgabe umgestellt.“ Beide Länder hatten zuvor die in Österreich immer noch geltende Radio- und Fernsehgebühr. Die Haushaltsabgabe sichere die Staats- und Regierungsferne der öffentlichen Veranstalter und erlaube Planungssicherheit über mehrere Jahre: „Die ökonomische Unabhängigkeit ist eine Kernanforderung an das System des öffentlichen Rundfunks“, ergänzt Trappel.



Wie dramatisch ist die ORF-Finanzkrise?